

Bezirksregierung Köln

Regionalrat
<u>Sachgebiet:</u> Ergebnisprotokoll der 10. Sitzung
Drucksache Nr.: RR 70/2007
2. Sitzungsperiode

Köln, den 15. August 2007

Vorlage für die 11. Sitzung des Regionalrates am 7. September 2007

TOP 3: Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 10. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln am 15. Juni 2007

Rechtsgrundlage: § 17 Geschäftsordnung des Regionalrates (GO)

Berichterstatter: Herr Fensterer, Dezernat 61, Tel.: 0221 / 7740 – 207

Inhalt:

- Niederschrift (Seiten 2 bis 21)
- Anwesenheitsliste (Seiten 22)

Beschlussvorschlag:

Der Regionalrat Köln genehmigt die Niederschrift.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 10. RR-Sitzung	RR 70/2007	2

Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

N i e d e r s c h r i f t

über das wesentliche Ergebnis
der 10. Sitzung des Regionalrates
des Regierungsbezirkes Köln
am Freitag, dem 15. Juni 2007
im Dienstgebäude der Bezirksregierung Köln,
Plenarsaal,
Zeughausstraße 2 – 10, 50667 Köln

Vorsitz: Herr Lorth

Teilnehmer: siehe beigefügte Anwesenheitsliste

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 10. RR-Sitzung	RR 70/2007	3

Inhalt	Aufruf auf Seite	Beschluss/ Ergebnis
--------	---------------------	------------------------

Tagesordnung

Punkt

1:	Feststellung der Tagesordnung	6	6
2:	Benennung eines stimmberechtigten Mitgliedes des Regionalrates zur Mitunterzeichnung der Niederschrift der 10. RR-Sitzung am 15. Juni 2007	6	6
3:	Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 9. Sitzung des Regionalrates am 19. Januar 2007 Drs. Nr.: RR 37/2007	6	6
4:	Anträge		
4a:	Antrag der CDU-Fraktion bezüglich der Voraussetzungen für das Kraftwerks-erneuerungsprogramm Drs. Nr.: RR 39/2007	6	13
4b:	Antrag der SPD-Fraktion bezüglich der Voraussetzungen für das Kraftwerks-erneuerungsprogramm Drs. Nr.: RR 55/2007 (TV)	6	13
4c:	Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN bezüglich der Voraussetzungen für das Kraftwerks-erneuerungsprogramm Drs. Nr.: RR 56/2007 (TV)	6	13
5:	Anfragen		
5a:	Anfragen der Fraktionen CDU und DIE GRÜNEN zum Erarbeitungsverfahren für den Sachlichen Teilabschnitt „Weißer Quarzkies im Raum Kottenforst/Ville“ vom 22. Januar 2007 Drs. Nr.: RR 40/2007	13	13
5b:	Anfrage der CDU-Fraktion zum Umbau des Bahnhofs Bornheim-Sechtem vom 8. März 2007 Drs. Nr.: RR 41/2007	14	14

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 10. RR-Sitzung	RR 70/2007	4

5c:	Anfrage der CDU-Fraktion zum geplanten Wohnungsbau im Hochwasserschutzgebiet in Bonn vom 5. Dezember 2006 Drs. Nr.: RR 138/2006 und RR 45/2007	14	14
6:	Wechsel bei den stimmberechtigten Mitgliedern des Regionalrates hier: CDU-Fraktion Drs. Nr.: RR 54/2007 (TV)	14	14
7:	Berufung eines beratenden Mitgliedes für die Kommunalen Gleichstellungsstellen im Regierungsbezirk Köln Drs. Nr.: RR 46/2007	14	14
7a:	Mitgliederwechsel in den Kommissionen hier: SPD-Fraktion Drs. Nr.: RR 57/2007 (TV)	14	14
8:	Wie wird der SPNV und ÖPNV vom VRS und AVV unter Berücksichtigung des geplanten ÖPNV-Gesetzes organisiert? – mündlicher Sachstandsbericht –	15	15
9:	13. Änderung des Regionalplans Köln, Teilabschnitt Köln, Köln-Ossendorf hier: Aufstellungsbeschluss Drs. Nr.: RR 38/2007	15	15
10:	8. Änderung des Regionalplans Köln, Teilabschnitt Aachen, Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) Kreuzau-Stockheim hier: Erarbeitungsbeschluss Drs. Nr.: RR 49/2007 (NV)	16	16
10a:	Änderung eines textlichen Zieles im Kapitel Energieversorgung des Regionalplans Düsseldorf Drs. Nr.: RR 50/2007 (NV)	16	16
10b:	Zielabweichungsverfahren für die 167. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Köln „Gewerbe- und Industrieflächen“ in Köln-Porz-Gremberghoven Drs. Nr.: RR 52/2007 (NV)	16	16
11:	Regionaler Vorschlag für das Programm „Stadtverkehrsförderung 2007 – Kommunale Straßen und Radwege“ hier: Bestätigung der Dringlichkeitsentscheidung Drs. Nr.: RR / VK 42/2007	16	16

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 10. RR-Sitzung	RR 70/2007	5

12:	Krankenhausbau – Jahresförderungsprogramme 2007 und 2008 Drs. Nr.: RR 51/2007	17	17
13:	Linienbestimmungsverfahren L 221 OU Aachen/ Eilendorf mit Anschluss an die BAB A 44 Drs. Nr.: RR 43/2007	18	18
14:	Mitteilungen		
a.	der Bezirksregierung		
	1) Antrag der RWE Power AG Drs. Nr.: RR 44/2007	18	19
	2) Sachstand zu Phantasialand – mündlich –	19	19
	3) Landesstraßenausbauplan – mündlich –	19	20
	4) Abfallwirtschaftsplanung – Änderung der Verordnung zur Erklärung der Verbindlichkeiten des AWP, Teilplan Siedlungsabfälle Drs. Nr.: RR 53/2007 (NV)	20	20
	5) Stadtverkehrsförderprogramm 2007 Drs. Nr.: RR 58/2007 (TV)	20	20
	6) Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Landesentwicklung (Landesent- wicklungsprogramm – LEPro) (TV)	20	20
b.	des Vorsitzenden	20	20
c.	aktuelle Mitteilungen aus den Kommissionen	20	20
d.	mündliche Anfragen im Rahmen der Sitzung	20	20

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 10. RR-Sitzung	RR 70/2007	6

Vorsitzender Lorth eröffnet um 10.08 Uhr die Sitzung und begrüßt Herrn Regierungspräsidenten Lindlar, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksregierung, die Vertreter von Rundfunk, Fernsehen und Presse sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne.

Der Vorsitzende stellt fest, der Regionalrat sei zu dieser Sitzung frist- und formgerecht einberufen worden; die Beschlussfähigkeit sei offensichtlich gegeben.

Für die heutige Sitzung hätten sich einige stimmberechtigte sowie nicht stimmberechtigte Mitglieder entschuldigt; ihre Namen würden ins Protokoll aufgenommen.

TOP 1: Feststellung der Tagesordnung

Vors. Lorth führt aus, die Tagesordnung sei mit entsprechendem Einladungsschreiben bekannt gegeben und um weitere Unterlagen aktualisiert worden.

Herr Bubacz (SPD) schlägt vor, TOP 8 abzusetzen.

Ergebnis: Die Tagesordnung wird vom Regionalrat in der aktualisierten Form festgestellt.

TOP 2: Benennung eines stimmberechtigten Mitgliedes des Regionalrates zur Mitunterzeichnung der Niederschrift der 10. RR-Sitzung am 15. Juni 2007

Es wird einstimmig folgender Beschluss gefasst: Der Regionalrat benennt Herrn Neitzke für die SPD-Fraktion.

TOP 3: Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 9. Sitzung des Regionalrates am 19. Januar 2007
Drs. Nr.: RR 37/2007

Es wird ohne Aussprache einstimmig folgender Beschluss gefasst:
Der Regionalrat genehmigt die Niederschrift.

TOP 4 Anträge

4a: Antrag der CDU-Fraktion bezüglich der Voraussetzungen für das Kraftwerkserneuerungsprogramm
Drs. Nr.: RR 39/2007

4b: Antrag der SPD-Fraktion bezüglich der Voraussetzungen für das Kraftwerkserneuerungsprogramm
Drs. Nr.: RR 55/2007 (TV)

4c: Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN bezüglich der Voraussetzungen für das Kraftwerkserneuerungsprogramm
Drs. Nr.: RR 56/2007 (TV)

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 10. RR-Sitzung	RR 70/2007	7

Herr Götz (CDU) stellt abweichend von den Drucksachen RR 39/2007 und RR 56/2007 einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU und DIE GRÜNEN vor:

„Voraussetzungen für Kraftwerkserneuerungsprogramm erfüllen!

1. Der Regionalrat lehnt zum jetzigen Zeitpunkt die Ausweitung der Flächen in Niederaußem für weitere Kraftwerke über die heutigen Flächen hinaus ab. Er lehnt es daher ebenfalls ab, die Änderung des Regionalplans zu diesem Zwecke einzuleiten, solange die Forderungen nach 2. und 3. nicht erfüllt sind.
2. Im Zusammenhang mit seiner Ablehnung und vor dem Hintergrund der aktuellen Klimadebatte bekräftigt der Regionalrat Köln seinen Beschluss vom 6. Februar 2004 zur Umsetzung des Kraftwerkserneuerungsprogramms für die Verstromung von Braunkohle. Er erinnert an die wesentlichen Voraussetzungen für die Ausweisung neuer Standorte, um eine möglichst geringe Belastung der betroffenen Bevölkerung und einen größtmöglichen Umweltschutz zu erzielen:
 - a. Die Einhaltung aller Zusagen von RWE an den RR Köln aus dem Jahr 2004
 - b. Dezentralisierung der Kraftwerksstandorte
 - c. Verbindlicher Zeitplan zur Umsetzung des Kraftwerkserneuerungsprogramms an den einzelnen Standorten (Neubau, Stilllegung, Abriss)
 - d. Reduzierte Kühlturmhöhe und deutliche Verringerung der Verschattung
 - e. Reduzierung der Flächeninanspruchnahme
3. Der Regionalrat Köln stellt zusätzlich fest: Konventionelle Braunkohlenkraftwerke haben im Vergleich zu allen anderen Kraftwerken den höchsten CO₂-Ausstoß. Mit dem Bau neuer Kraftwerke nach dem Kraftwerkserneuerungsprogramm muss perspektivisch eine deutliche absolute Reduktion der CO₂-Emissionen aus Braunkohlenkraftwerken in NRW verbunden sein. Auch eine spätere Nachrüstung zur CO₂-Abscheidung muss möglich sein.“

Das Thema Kraftwerksneubau im Rahmen des Kraftwerkserneuerungsprogramms habe den Regionalrat bereits vor einigen Jahren beschäftigt; damals habe man das Verfahren nicht eingeleitet.

Nun wisse man, dass die RWE Power AG als Kraftwerksbetreiberin einen erneuten Vorstoß vornehmen werde, um in Bergheim-Niederaußem weitere Flächen für den Kraftwerksneubau auszuweisen. Der CDU-Fraktion gehe es darum, die damals an eine solche Ausweisung gestellten Bedingungen zu betonen; diese hätten nämlich nach wie vor Gültigkeit und seien im Interesse der betroffenen Bevölkerung gestellt worden.

Die CDU befürworte diese neue Kraftwerkstechnik, wenn der Wirkungsgrad erhöht und der Ausstoß sowohl von CO₂-Emissionen als auch von sonstigen Schadstoffen reduziert würden.

Die CDU-Fraktion habe in ihrem Antrag die für sie vier zentralen Punkte beschrieben: Dezentralisierung der Kraftwerksstandorte, verbindlicher Zeitplan zur

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 10. RR-Sitzung	RR 70/2007	8

Umsetzung des Kraftwerkserneuerungsprogramms an den einzelnen Standorten, reduzierte Kühlturmhöhe und deutliche Verringerung der Verschattung sowie Reduzierung der Flächeninanspruchnahme. Des Weiteren fordere die CDU die Umsetzung der damals getätigten Versprechungen seitens der RWE Power AG. Damals sei im Rahmen des Baus von BoA 1 nämlich versprochen worden, Altanlagen abzuschalten, stillzulegen und abzureißen. Bis heute sei lediglich ein 150-MW-Kraftwerk stillgelegt worden, allerdings nicht wegen BoA 1, sondern wegen technischer Schäden. Der Redner betont, dass die CDU erwarte, dass getätigte Zusagen eingehalten würden.

Ferner sollten neue Kraftwerke stets dem besten verfügbaren Stand der Technik entsprechen, also gegebenenfalls im Rahmen der fortschreitenden technischen Entwicklung nachgerüstet werden.

Herr Becker (DIE GRÜNEN) moniert das Verhalten der RWE Power AG und schließt sich seinem Vorredner dahin gehend an, dass 2004 getätigte Zusagen seitens der RWE Power AG nicht eingehalten worden seien, zumal mit den Beschlüssen aus 2004 zwischen dem in Rede stehenden Unternehmen und dem Regionalrat eine klare Basis dafür geschaffen worden sei, unter welchen Voraussetzungen sich der Regionalrat habe vorstellen können, der Einleitung eines Verfahrens zur Ausweitung von Flächen zuzustimmen. Aus welchen Gründen RWE nun davon ausgehe, dass die Politik die erheblichen Belastungen für die Bevölkerung in Kauf nehmen würde, erschließe sich ihm nicht.

Der Redner verweist darauf, dass eine Umsetzung der Pläne von RWE zu einer Zunahme von CO₂-Emissionen führen würde.

Herr van den Berg (SPD) merkt zum gemeinsamen Antrag von CDU und DIE GRÜNEN an, dass sich dieser am Beschluss vom 6. Februar 2004 orientiere. Dort sei beschlossen worden, dass der Regionalrat Köln die Einleitung eines Regionalplanänderungsverfahrens am Standort Niederaußem ablehne. Die SPD-Fraktion werde sich nicht an „Verhinderungsanträgen“ beteiligen, die von vornherein einem Investor wie der RWE Power AG die Möglichkeit nehmen würden, seinen Antrag vorzubringen und in einem ordentlichen Prüfungsverfahren bewerten zu lassen.

Der Redner sieht den Antrag seiner Fraktion als einen „Service“ an das Unternehmen. Dem Unternehmen würden damit Punkte benannt, die im anschließenden Verfahren geprüft würden.

Dass Braunkohlenabbau und -verstromung immer mit Zielkonflikten verbunden seien, sei klar. Allerdings stelle die Erneuerung eines Kraftwerksparks eine wesentliche Grundlage dafür dar, um Effizienzsteigerungen möglich zu machen. Wenn Herr Becker hier die Verhinderung eines neuen Kraftwerks als einen Beitrag zum Klimaschutz darstelle, dann verschweige er, dass man damit faktisch die ältesten Kraftwerke in Deutschland weiterhin am Netz lasse; damit würde man dem Klimaschutz einen Bärendienst erweisen.

Die Erneuerung eines Kraftwerksparks habe eine gravierende klimapolitische Relevanz im Hinblick darauf, wie dieses Problem weltweit gelöst werde. In diesem Zusammenhang hätten die Bundesrepublik Deutschland und insbesondere Nordrhein-Westfalen als Energieland Nummer eins eine herausragende Bedeutung. In China würde alle paar Monate ein neuer Kraftwerksblock in Betrieb genommen. In den nächsten Jahren komme es darauf an, mit welchen Effizienzwirkungsgraden diese Kraftwerke in Betrieb gingen.

Die Auswirkungen der CO₂-Emissionen auf den Klimawandel seien hier zu kurz angesprochen worden, da man in einer redlichen Klimadebatte auch die übrigen

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 10. RR-Sitzung	RR 70/2007	9

Verursachergase wie beispielsweise Methan oder Grubengase mit in die Betrachtung nehmen müsse.

Der SPD-Fraktion sei es wichtig, mit ihrem Antrag darauf hinzuweisen, dass es nicht nur um die klimapolitische Diskussion, sondern auch um Energiesicherheit gehe; auch der Aspekt Arbeitsplätze sei zu beachten.

Die Ausführungen von Herrn Becker in Bezug auf den verbindlichen Zeitplan seien auch nicht korrekt. Vielmehr habe sich die RWE Power AG bis zum Ende des Jahres verpflichtet, sechs Blöcke im Kraftwerk Frimmersdorf vom Netz zu nehmen. Es gebe Ankündigungen, dass RWE dieser Verpflichtung nicht nachkommen wolle. Von daher sei jetzt die Landesregierung gefordert, in diesem Sinne tätig zu werden.

Hinsichtlich der besten verfügbaren Technik sieht der Redner ein Defizit, das die RWE Power AG zu verantworten habe. Denn das Unternehmen habe sich 1994 im Kraftwerkserneuerungsprogramm verpflichtet, die jeweils modernste verfügbare Technik zur Anwendung zu bringen. Das heiße, RWE habe sich damals verpflichtet, bis 2004 die erste großtechnische Vergasungsanlage in der Stromwirtschaft hier im rheinischen Revier in Betrieb zu nehmen; andere Energiekonzerne wie beispielsweise Vattenfall seien weiter.

Der Redner räumt ein – und darüber brauche man nicht zu diskutieren –, dass Effizienzsteigerungen in modernen Kraftwerksparken zu Rationalisierungen und Arbeitsplatzabbau führten. Kritisch betrachte die SPD-Fraktion allerdings den Einsatz von Fremdarbeitern und „Subsubsubunternehmern“; diesen Aspekt sollte man in der Politik generell zur Sprache bringen.

Abschließend betont der Redner, dass dieses Verfahren eines der letzten Verfahren markiere, mit dem die Politik auf absehbare Zeit Einfluss auf die Konzernentwicklung sowie die Energieentwicklung im rheinischen Braunkohlenrevier nehmen könne. Insofern habe die Politik nun zum letzten Mal Gelegenheit, die Verantwortung dieses Unternehmens für die Region einzufordern. Die SPD unterstreiche in ihrem Antrag deutlich, dass sie erwarte, dass die RWE Power AG den Strukturwandel in der Region begleite.

Auch Herr Finke (FDP) betrachtet den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU und DIE GRÜNEN als einen „Verhinderungsantrag“, der mit einem Totschlagargument beginne. Die erste Forderung: „Der Regionalrat lehnt zum jetzigen Zeitpunkt die Ausweitung der Flächen in Niederaußem für weitere Kraftwerke über die heutigen Flächen hinaus ab“, widerspreche der Überschrift des Antrags, die fordere, die Voraussetzungen für das Kraftwerkserneuerungsprogramm umzusetzen.

Kurios an der heutigen Diskussion sei, dass man über Dinge spreche, die im eigentlichen Verfahren nicht vorkämen. Der Redner hebt lobend hervor, dass die RWE Power AG stets bemüht sei, auf Fragen Antworten zu geben. In ausführlichen Gesprächen habe die RWE Power AG der FDP ihre Argumente vorgetragen und erläutert; noch im März dieses Jahres habe unter der Leitung des Regierungspräsidenten ein Informationsgespräch stattgefunden, an dem auch die einzelnen Fraktionen beteiligt gewesen seien. ber diesen Vortrag beim Regierungspräsidenten sei ein Dossier an die Fraktionen verteilt worden, das diese Zahlen und Ausführungen der RWE Power AG enthalte. Der Redner macht darauf aufmerksam, dass der Verdacht geäußert worden sei, dass dieses Dossier nicht alle von RWE Power zur Verfügung gestellten Charts enthalte. Namens der FDP-Fraktion fordert der Redner den Kraftwerksbetreiber auf, sämtliche Charts, die am 16.03. beim Regierungspräsidenten gezeigt worden seien, zur Verfügung zu stellen.

Für die FDP-Fraktion gibt der Redner folgende Stellungnahme ab:

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 10. RR-Sitzung	RR 70/2007	10

„Die FDP-Fraktion im Regionalrat Köln befürwortet die Umsetzung des Kraftwerkserneuerungsprogramms durch RWE Power. Als Voraussetzung für die Einleitung eines Regionalplanänderungsverfahrens sind aus Sicht der FDP folgende Grundsätze zu beachten:

1. Die neuen Anlagen müssen modernsten technischen Anforderungen entsprechen. Ziel muss vor allem sein, den Ausstoß von CO₂ nach Stand der Wissenschaft und Technik so weit wie möglich zu verringern.
2. Der Flächenverbrauch für neue Anlagen muss so gering wie möglich gehalten werden. Die Anlagen müssen dezentral aufgebaut werden.
3. Für die gesamte Planung, Neubau, Abriss von Altanlagen an den verschiedenen Standorten müssen verbindliche Pläne vorgelegt werden.
4. Zur Entlastung der Bevölkerung müssen alle technischen Möglichkeiten zur Reduzierung der Verschattung durch Dampfemissionen eingesetzt werden.“

Herr Lindweiler (PDS) betrachtet den gemeinsamen Antrag von CDU und DIE GRÜNEN nicht als Verhinderungsantrag. Es gehe schlicht und einfach darum, dass Zusagen, die RWE Power in der Vergangenheit gemacht habe, eingehalten würden. Wenn die Politik die Einhaltung dieser Zusagen nicht strikt fordere, würde sie selber die Wichtigkeit und Bedeutung dieser Zusagen schmälern bzw. mit einem Fragezeichen versehen.

Die PDS spreche sich dafür aus, mit RWE Power einen verbindlichen Plan zu erstellen, der Punkte wie beispielsweise die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes, die Stilllegung und Erneuerung von Anlagen sowie eine Beschäftigungsperspektive enthalte.

Herr Becker (DIE GRÜNEN) geht auf den SPD-Antrag ein. Dieser beziehe sich auf den IPCC-Bericht und die dort getätigten Aussagen zum Klimawandel. Es gebe keine Alternativen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen, und auch die Bundesregierung habe in einem Kabinettsbeschluss im Mai 2007 beschlossen, dass bis zum Jahr 2020 eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 40 % erreicht werden solle. Allein 21 % sollten durch CO₂-Minimierungen im Bereich der Kraftwerke zustande kommen.

Herr van den Berg stelle das von RWE Power geplante Kraftwerkserneuerungsprogramm so dar, als ob es zu einer CO₂-Reduktion führen würde. Das sei mitnichten der Fall. Im Gegenteil: Obwohl sich der spezifische Wirkungsgrad der Kraftwerke erhöhe, komme es infolge eines deutlichen Zuwachses an Stromproduktion zu einer CO₂-Zunahme. Insofern stehe Herr van den Berg mit seiner Fraktion in Widerspruch zu den Beschlüssen des Bundeskabinetts.

Wenn die RWE Power AG ihre alten Zusagen nicht erfülle, stelle sie keine seriöse Verhandlungspartnerin dar.

Der Redner betont, dass es die RWE Power AG eigentlich leicht hätte, innerhalb ihres heutigen Kraftwerksgeländes eine neue Anlage zu bauen, die die alten Anlagen ersetzen würde. Die RWE Power AG fordere sogar zusätzliches Gelände außerhalb ihres jetzigen Kraftwerksgeländes. Der Regionalrat Köln könne die RWE Power AG nur darauf hinweisen, keinen zusätzlichen Hektar genehmigen zu wollen.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 10. RR-Sitzung	RR 70/2007	11

Der Regionalrat könne aber nicht verhindern, dass innerhalb des bestehenden Kraftwerksgeländes eine alte Anlage durch eine neue ersetzt würde. Insofern habe RWE Power schon heute die Möglichkeit, alte 150-MW- und 300-MW-Blöcke in Niederaußem vom Netz zu nehmen und an deren Stelle den BoA-Block zu bauen. Dass die RWE Power AG nicht so vorgehe, mache deutlich, dass das Unternehmen gar nicht so vorgehen wolle.

Der Redner weist darauf hin, dass RWE Power bis heute keine verbindlichen Abschaltpläne vorgelegt habe; es gebe lediglich vage Absichtserklärungen.

Die CDU habe mit großem Interesse zur Kenntnis genommen, führt Herr Götz (CDU) aus, dass Herr van den Berg den SPD-Antrag als Dienstleistung für RWE Power bezeichnet habe. Es sei ein bemerkenswerter Vorgang, dass sich die SPD mit ihren Anträgen hier im Regionalrat Köln als Serviceleister für ein Unternehmen darstelle.

Der CDU hingegen gehe es darum, einen Kompromiss im Interesse aller Betroffenen zu finden, also sowohl für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von RWE Power als auch für die Menschen, die vor Ort wohnen. Insofern habe die CDU keinen Verhinderungsantrag, sondern einen Antrag gestellt, der eine Lösung im Unternehmen ermöglichen könne.

Des Weiteren verweist der Redner darauf, dass das Wort „Kraftwerkserneuerungsprogramm“ aus zwei Worten bestehe, nämlich zum einen aus „Kraftwerk“ und zum anderen aus „Erneuerung“, und Erneuerung bedeute, dass alte Dinge ersetzt würden. Bisher deute alles auf ein „Kraftwerkserweiterungsprogramm“ hin.

Herr Prof. Dr. Möller (CDU) betrachte es als böse, dass Herr Finke den CDU-Antrag als Verhinderungsantrag bezeichne. Vielmehr enthalte der Antrag der CDU ein positives Ziel: Die CDU spreche sich für Braunkohlenkraftwerke aus, allerdings sollten diese dem höchstmöglichen Stand der Technik entsprechen, um das Klima weitestgehend zu schützen.

Der Antrag der CDU resultiere aus ernsthaften Überlegungen erstens zum Klimaschutz, zweitens zur Energieversorgung aus heimischen und sicheren Energiequellen sowie drittens zu Belangen der Bevölkerung, die in unmittelbarer Nähe zum Kraftwerkspark lebe.

Diese Punkte einem Verhinderungsantrag gleichzustellen, sei insofern böse, als der erste Absatz des gemeinsamen Antrags von CDU und DIE GRÜNEN folgende Aussage enthalte: „Der Regionalrat lehnt zum jetzigen Zeitpunkt die Ausweitung [...] ab [...] solange die Forderungen nach 2. und 3. nicht erfüllt sind.“ – Damit sei diese Ablehnung temporär. Es liege nun an RWE Power, wann diese Forderungen erfüllt würden.

Dass der gemeinsame Antrag keinen generell ablehnenden Charakter habe, könne man auch am letzten Satz: „Auch eine spätere Nachrüstung zur CO₂-Abscheidung muss möglich sein“, festmachen. Das heiße, es könnten Kraftwerke gebaut werden, die nach CO₂-Gesichtspunkten einen höheren Standard als die Anlagen in Niederaußem oder Neurath aufwiesen.

Herr van den Berg (SPD) betone, er habe nicht gesagt, die SPD sei ein Dienstleister für ein Unternehmen; eine derartige Behauptung sei Unsinn. Die SPD erbringe mit ihrem Antrag einen Service, indem sie mehrere Eckpunkte formuliere, die ihr im Verfahren wichtig seien. In einigen Punkten verhalte man sich sogar konträr zu den Wünschen von RWE Power. Denn man erinnere RWE Power an die Zusagen des Kraftwerkserneuerungsprogramms 1994, welche nicht eingehalten wor-

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 10. RR-Sitzung	RR 70/2007	12

den seien. Dieses Verhalten von RWE Power kritisiere seine Fraktion und ein derartiges Verhalten seitens eines Unternehmens wolle die SPD für die Zukunft verhindern.

Die SPD sehe sich nach der Debatte darin bekräftigt, sich dem Bündnis aus CDU, DIE GRÜNEN und PDS nicht anzuschließen. Die SPD-Fraktion befürworte eher, die kritischen Punkte zu prüfen.

Der Redner verweist darauf, dass die Aussage unzutreffend sei, dass durch das Kraftwerkserneuerungsprogramm kein CO₂ eingespart werden könne. Dass bis zum heutigen Tage womöglich kein CO₂ eingespart worden sei, liege möglicherweise an einem Mangel in den Vorgaben der Vergangenheit. Insofern dürfe man daraus keinen Verstoß aufseiten des Energieerzeugungsunternehmens stricken. Beispielsweise sei im Genehmigungsbescheid für BoA 2 und BoA 3 am Kraftwerksstandort Neurath vom 20.06.2005 lediglich festgelegt worden, welche Kraftwerksblöcke bis zur Realisierung von BoA 2 und BoA 3 abgeschaltet werden sollten. Dem Regionalrat habe das Unternehmen damals – dies finde sich in der Drucksache RR 13/2004 wieder – klipp und klar beschrieben, welche Blöcke abgeschaltet werden sollten:

„Konkret heißt das für den bestehenden BoA-Block in Niederaußem, dass im Zeitraum bis 2007 sukzessive sechs 150-MW-Blöcke in Frimmersdorf aus dem Grundlastbetrieb genommen werden sollen.“

Dies entspreche auch der Forderung der SPD an RWE Power. Von daher könne man zwar kritisieren, dass der Testlauf der neuen BoA-Linie am Standort Niederaußem so lange andauere, aber dies stelle keinen Verfahrensverstoß dar.

Zur Kühlturmhöhe gebe es eine interessante Aussage von Minister Michael Breuer in der „Rheinischen Post“ vom 14. Juni 2007. Der Minister habe ausgeführt, welches Investitionsvolumen vonnöten sei, um eine geringe Kühlturmhöhe sicherzustellen.

Regierungspräsident Lindlar stellt klar, dass das Kraftwerkserneuerungsprogramm 1994 von einer Landesregierung in absoluter Trägerschaft der SPD aufgelegt worden sei; in den zehn folgenden Jahren der Mitregierung der Grünen sei es nicht geändert worden. Nun solle quasi eine Aktualisierung durch eine schwarz-gelbe Landesregierung erfolgen. Insofern könne man beinahe von einem „All-Parteien-Programm“ sprechen.

Herr Schmitz (CDU) bezieht sich auf den Antrag auf Änderung des Regionalplans im Bereich Bergheim-Niederaußem. Für die technische Genehmigung der zu errichtenden Anlage sei seines Wissens die Abteilung 5 der Bezirksregierung Köln zuständig. Ihn interessiere, ob dabei der Regionalrat eingebunden werde. – Sollte es nicht so sein, dann würde der Regionalrat im Rahmen der technischen Genehmigung überhaupt nicht eingebunden werden.

Herr Finke (FDP) bedankt sich zunächst bei seinem Vorredner für dessen Klarstellung. Der Regionalrat könne bei der technischen Genehmigung nicht mitreden. Von daher seien die hier getätigten Äußerungen rein politischer Natur, und der Regionalrat müsse darauf vertrauen, dass die Bezirksregierung entsprechend verfare.

Die FDP vertraue den Aussagen von RWE Power. Trotzdem werde sie im Rahmen der Einleitung des Verfahrens beantragen, die im vorliegenden Dossier von RWE Power gemachten Aussagen als Anhang anzufügen.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 10. RR-Sitzung	RR 70/2007	13

An Herrn Prof. Dr. Möller gewandt, führt der Redner aus, dass seine Aussagen in keiner Weise böse gemeint gewesen seien.

Herr Bubacz (SPD) sieht die SPD keinesfalls als Dienstleister für ein Unternehmen und appelliert daran, in der Bevölkerung keine Ängste zu schüren. Schließlich hätten die Entscheidungen, die im Dezember getroffen würden, Auswirkungen auf die nächsten 50 Jahre und somit auf die nachfolgenden Generationen.

Alle Anträge seien von der Sorge um die Raumverträglichkeit dieser Maßnahme getragen. Im Gegensatz zum CDU-Antrag stelle der Antrag der SPD deutlicher heraus, in welche Richtung Antworten von RWE Power erwartet würden.

Herr Becker (DIE GRÜNEN) äußert seinen Eindruck, dass Herr Finke Herr Schmitz nicht richtig verstanden habe. Herr Schmitz habe ebenso wie er, Becker, die Sorge geäußert, dass der Regionalrat im Rahmen der technischen Genehmigung keine Einflussmöglichkeiten habe.

In Bezug auf Herrn Finke führt der Redner aus, dass Politiker von der Bevölkerung nicht gewählt würden, um irgendeinem Unternehmen ihr uneingeschränktes Vertrauen zu schenken. Daher müsse man in diesem Fall dem Anfangsverdacht nachgehen, ob es nicht ein berechtigtes Misstrauen gegenüber RWE Power gebe. Dieser Anfangsverdacht sei begründet, da die in 2004 gemachten Zusagen bis zum heutigen Tage nicht eingehalten worden seien. Beispielsweise habe Herr van den Berg zitiert, dass RWE Power „bis 2007 sukzessive sechs 150-MW-Blöcke in Frimmersdorf aus dem Grundlastbetrieb nehmen wolle“; auch diesbezüglich sei noch nichts geschehen.

Hinsichtlich der Kühlturmhöhe betont der Redner, dass sich RWE Power in der Vergangenheit für günstigere Lösungen entschieden habe, die sich zuungunsten der Bevölkerung auswirkten.

Ergebnis:

Der Antrag der SPD-Fraktion, RR 55/2007, wird mit den Stimmen der Fraktionen CDU, DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen von SPD und FDP abgelehnt.

Der gemeinsame – in der Sitzung eingebrachte Antrag (vgl. Seite 7) – der Fraktionen CDU und DIE GRÜNEN wird mit den Stimmen der Fraktionen CDU, DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und FDP angenommen.

TOP 5

Anfragen

- 5a: Anfragen der Fraktionen CDU und DIE GRÜNEN
zum Erarbeitungsverfahren für den Sachlichen Teilabschnitt
„Weißer Quarzkies im Raum Kottenforst/Ville“
vom 22. Januar 2007
Drs. Nr.: RR 40/2007

Ergebnis: Ohne Aussprache nimmt der Regionalrat die Antwort der Bezirksregierung zur Kenntnis.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 10. RR-Sitzung	RR 70/2007	14

5b: Anfrage der CDU-Fraktion zum Umbau des Bahnhofs
Bornheim-Sechtem vom 8. März 2007
Drs. Nr.: RR 41/2007

Ergebnis: Ohne Aussprache nimmt der Regionalrat die Antwort der Bezirksregierung zur Kenntnis.

5c: Anfrage der CDU-Fraktion zum geplanten Wohnungsbau im
Hochwasserschutzgebiet in Bonn vom 5. Dezember 2006
Drs. Nr.: RR 138/2006 und RR 45/2007

Ergebnis: Auch diese Antwort der Bezirksregierung nimmt der Regionalrat ohne Aussprache zur Kenntnis.

TOP 6: Wechsel bei den stimmberechtigten Mitgliedern des Regionalrates
hier: CDU-Fraktion
Drs. Nr.: RR 54/2007 (TV)

Vors. Lorth unterrichtet den Regionalrat darüber, dass Herr Reimund Billmann (CDU) seinen Rücktritt aus dem Regionalrat bekannt gegeben habe, und begrüßt als neues Mitglied des Regionalrates Herrn Klaus Dieter Wolf (CDU).

TOP 7: Berufung eines beratenden Mitgliedes für die Kommunalen
Gleichstellungsstellen im Regierungsbezirk Köln
Drs. Nr.: RR 46/2007

Ergebnis: Der Regionalrat verzichtet auf eine geheime Abstimmung und stimmt ohne Aussprache einstimmig dem Beschlussvorschlag zu, Frau Brunhilde Benkert-Schwieren, Gleichstellungsbeauftragte des Rheinisch-Bergischen Kreises, zum Mitglied mit beratender Befugnis (beratendes Mitglied) als Vertreterin der kommunalen Gleichstellungsstellen zu berufen.

TOP 7a: Mitgliederwechsel in den Kommissionen
hier: SPD-Fraktion
Drs. Nr.: RR 57/2007 (TV)

Ergebnis: Ohne Aussprache beschließt der Regionalrat einstimmig Folgendes:
Der Regionalrat beruft Herrn Wolfgang Pockrand anstelle von Herrn Andreas Schulte zum stimmberechtigten Mitglied der Verkehrskommission.
Der Regionalrat beruft Herrn Wolfgang Pockrand anstelle von Herrn Heinz Gerd Bast zum stimmberechtigten Mitglied der Unterkommission Gummersbach und der Sonderkommission Regionale 2010.
Der Regionalrat nimmt zur Kenntnis, dass Herr Johannes Waschek anstelle von Herrn Gerd Bast den stellvertretenden Vorsitz in der Sonderkommission Regionale 2010 ausübt.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 10. RR-Sitzung	RR 70/2007	15

TOP 8: Wie wird der SPNV und ÖPNV vom VRS und AVV unter Berücksichtigung des geplanten ÖPNV-Gesetzes organisiert?
– mündlicher Sachstandsbericht –

– *abgesetzt* –

TOP 9: 13. Änderung des Regionalplans Köln, Teilabschnitt Köln, Köln-Ossendorf
hier: Aufstellungsbeschluss
Drs. Nr.: RR 38/2007

Herr Götz (CDU) betont zunächst, dass dieser Tagesordnungspunkt in engem Zusammenhang mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Landesentwicklung stehe, das unter der sechsten Mitteilung der Bezirksregierung behandelt werde. Dabei gehe es um die Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel. Nun bestehe aufgrund der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landtags von Nordrhein-Westfalen eine Öffnungsklausel dahin gehend, dass im regionalen Konsens Ausnahmen zulässig sein sollen, die im ursprünglichen Entwurf nicht möglich gewesen sein sollen. Insofern könnten unter der Voraussetzung der Aufstellung regionaler Einzelhandelskonzepte, an denen drei kreisfreie Städte oder Kreise beteiligt sein müssten, und mit nachheriger Zustimmung des Regionalrates andere Lösungen gefunden werden.

Regierungspräsident Lindlar betont, dass es ein aufwendiges Verfahren darstelle, um eine Ausnahmeregelung herbeizuführen; häufig werde in der Presse nämlich der Eindruck erweckt, dass das Bauvorhaben der Firma IKEA bereits genehmigt sei.

Herr Waddey (DIE GRÜNEN) führt aus, dass die angeregte Umwandlung eines Teilbereichs des GIB Ossendorf in einen ASB seitens seiner Fraktion begrüßt werde; daher werde seine Fraktion zustimmen.

Ergebnis: Der Regionalrat beschließt einstimmig Folgendes:

1. Der Regionalrat nimmt die Niederschrift über den Erörterungstermin zur Kenntnis.
2. Die nicht ausgeräumten Bedenken der Naturschutzverbände werden im Sinne der nachstehenden Begründung der Bezirksplanungsbehörde zurückgewiesen.
3. Der Planentwurf der 13. Änderung des Regionalplans, Teilabschnitt Region Köln, wird in der Fassung des Erarbeitungsbeschlusses (Stand: August 2006) aufgestellt.
4. Der aufgestellte Plan ist der Landesplanungsbehörde zur Genehmigung vorzulegen.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 10. RR-Sitzung	RR 70/2007	16

- TOP 10: 8. Änderung des Regionalplans Köln, Teilabschnitt Aachen, Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) Kreuzau-Stockheim
hier: Erarbeitungsbeschluss
Drs. Nr.: RR 49/2007 (NV)

Ergebnis: Ohne Aussprache fasst der Regionalrat gegen die Stimmen der Fraktion DIE GRÜNEN folgenden Beschluss:

1. Der Regionalrat beauftragt die Bezirksplanungsbehörde, das Erarbeitungsverfahren zur 8. Änderung des Regionalplanes, Teilabschnitt Region Aachen, auf der Grundlage der anliegenden Verfahrensunterlage (Stand: Mai 2007) durchzuführen.

2. Im Änderungsverfahren sind die in der beiliegenden Liste aufgeführten öffentlichen Stellen und Personen des Privatrechts gemäß § 4 Abs. 3 ROG von der Bezirksplanungsbehörde zur Mitwirkung aufzufordern. Die Bezirksplanungsbehörde kann weitere Beteiligte zulassen, wenn dies zweckmäßig erscheint.

- TOP 10a: Änderung eines textlichen Zieles im Kapitel
Energieversorgung des Regionalplans Düsseldorf
Drs. Nr.: RR 50/2007 (NV)

Ergebnis: Ohne Aussprache beschließt der Regionalrat bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN Folgendes:

Der Regionalrat trägt keine Bedenken zu der o. g. Regionalplanänderung im Regierungsbezirk Düsseldorf vor.

- TOP 10b: Zielabweichungsverfahren für die 167. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Köln „Gewerbe- und Industrieflächen“ in Köln-Porz-Gremberghoven
Drs. Nr.: RR 52/2007 (NV)

Ergebnis: Der Regionalrat fasst ohne Aussprache einstimmig folgenden Beschluss:

Der Regionalrat erklärt sein Einvernehmen, der 167. Flächennutzungsplanänderung der Stadt Köln die Anpassung an die Ziele der Raumordnung zu bestätigen.

- TOP 11: Regionaler Vorschlag für das Programm „Stadtverkehrsförderung 2007 – Kommunale Straßen und Radwege“
hier: Bestätigung der Dringlichkeitsentscheidung
Drs. Nr.: RR / VK 42/2007

Ergebnis: Ohne Aussprache beschließt der Regionalrat einstimmig Folgendes:
Der Regionalrat bestätigt den vorliegenden Dringlichkeitsbeschluss.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 10. RR-Sitzung	RR 70/2007	17

TOP 12: Krankenhausbau – Jahresförderungsprogramme 2007 und 2008
Drs. Nr.: RR 51/2007

Herr Götz (CDU) bittet um einer Erläuterung seitens der Verwaltung. Hinsichtlich der Prioritätenliste wolle er wissen, welche Maßnahmen aus 2007 erledigt seien und welche Maßnahmen realisiert werden könnten.

Frau Mertzen (Dezernat 36) führt aus, dass es ein Investitionsprogramm für 2007 gebe und dass die Maßnahmen Nummern eins bis acht beim Ministerium vorgestellt worden seien. Welche Maßnahme in das Investitionsprogramm für 2007 aufgenommen werde, unterliege der Entscheidung des Ministeriums in Abstimmung mit den Krankenhausgesellschaften sowie den Krankenversicherungsträgern; diese Entscheidung sei noch nicht getroffen worden.

Da man seitens der Verwaltung noch nicht wisse, welche Maßnahmen der Nummern eins bis acht im Investitionsprogramm für 2007 realisiert werden könnten, habe man sich dazu entschlossen, alle Maßnahmen, die nicht realisiert würden, mit der Priorität 1, 2 oder 3 vor das Investitionsprogramm für 2008 zu stellen.

Herr Becker (DIE GRÜNEN) hinterfragt, ob ältere Programme bzw. Förderbescheide nach wie vor Bindungswirkung hätten

Herr Neitzke (SPD) moniert die Vorlage als unbefriedigend und verweist darauf, dass die Krankenhausfinanzierung als Teil der Daseinsvorsorge eine hohe Priorität genieße. Aufgrund der Bedeutung schlägt der Redner vor, diesen Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen zu behandeln und dort eine Bestandsaufnahme dahin gehend vorzunehmen, was in den letzten Jahren seitens des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert worden sei und wo Schwerpunkte gesetzt worden seien.

Seiner Meinung nach werde ein Berg von Maßnahmen vor sich hergeschoben, der stetig anwachse. Des Weiteren solle ein Ministeriumsvertreter das Verfahren hinsichtlich der Jahresförderprogramme in der nächsten KRS-Sitzung erläutern. Dieses Verfahren müsse im Interesse der Krankenhäuser sowie im Interesse der medizinischen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger transparenter gestaltet werden.

Vors. Lorth stellt fest, dass der Vorschlag von Herrn Neitzke, diesen Tagesordnungspunkt in einer der nächsten KRS-Sitzungen aufzugreifen, im Regionalrat Zustimmung finde.

Herr Becker (DIE GRÜNEN) ergänzt, dass auch die Auswirkungen für den ländlichen Raum und insbesondere die Verfügbarkeit von medizinischen Leistungen betrachtet werden sollten.

Frau Mertzen (Dezernat 36) stimmt dem Vorschlag von Herrn Neitzke zu.

Ergebnis: Der Regionalrat bestimmt einstimmig Folgendes:

Der Regionalrat Köln nimmt die Vorschlagsliste für das Investitionsprogramm 2008 zur Förderung von Baumaßnahmen zur Erweiterung und Modernisierung der Krankenhäuser zur Kenntnis.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 10. RR-Sitzung	RR 70/2007	18

TOP 13: Linienbestimmungsverfahren L 221 OU Aachen/Eilendorf
mit Anschluss an die BAB A 44
Drs. Nr.: RR 43/2007

Herr Wolf (CDU) führt zur modifizierten Variante C aus, dass sie den Stadtteil Stolberg-Atsch mehr als andere Varianten belaste. Von daher gehe die CDU-Fraktion davon aus, dass im Rahmen der Anbindung an die Autobahn am Ortseingang Stolberg-Atsch ein Kreisverkehr errichtet werde.

Frau Herlitzius (DIE GRÜNEN) betont, dass die modifizierte Variante C aus Sicht ihrer Fraktion insgesamt problematisch sei, und zwar nicht nur mit Blick auf den Stadtteil Stolberg-Atsch, sondern auch auf Stolberg-Münsterbusch, da sich dort ein FFH-Gebiet und eine Tempo-30-Zone befänden. Es gebe keine Möglichkeiten, die neu entstehenden Verkehre über Atsch oder über Münsterbusch abzuleiten.

Des Weiteren leite der neue Anschluss mehr Verkehr auf die B 258, welche in einem Umstufungsverfahren in dem Bereich zu einer Landesstraße abgestuft werden solle.

Herr Neitzke (SPD) signalisiert Zustimmung seitens seiner Fraktion. Die modifizierte Variante C bringe eine Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger in den Bereichen Stolberg und Eilendorf. Ferner erinnert der Redner daran, dass diese Variante auch die Zustimmung der Stadträte von Aachen und Stolberg gefunden habe.

Auch Herr Zwingmann (FDP) signalisiert Zustimmung seitens seiner Fraktion; die Einrichtung eines Kreisverkehrs am Ortseingang Stolberg-Atsch befürworte er.

Ergebnis: Gegen die Stimmen der Fraktion DIE GRÜNEN beschließt der Regionalrat Folgendes:

Der Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln stimmt im Rahmen seiner Beteiligung nach § 37 Abs. 3 StrWG NRW der modifizierten Variante C im Linienbestimmungsverfahren für den Neubau der L 221 Ortsumgehung Aachen/Eildorf mit Anschluss an die BAB A 44 zu.

TOP 14: Mitteilungen
a. der Bezirksregierung
1) Antrag der RWE Power AG
Drs. Nr.: RR 44/2007

Herr Diehl (Abteilungsleiter 6) trägt dazu Folgendes vor:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ungeachtet der heutigen Beschlussfassung habe ich mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das weitere Verfahren seitens der Bezirksregierung nach Recht und Gesetz durchzuführen.

Wir sind im Augenblick dabei, das Scoping-Verfahren durchzuführen, das heißt mit den im Verfahren beteiligten öffentlichen Stellen den Untersuchungsrahmen für die Umweltauswirkungen zu definieren. Die entsprechenden Unterlagen, die RWE Power hierzu zur Verfügung gestellt hat, sind an diese im Verfahren beteiligten öffentlichen Stellen versandt worden. Das Verfahren für dieses Scoping, welches ein vorgeschaltetes Verfahren vor dem eigentlichen Änderungsverfahren des Regionalplans darstellt, wird bis Ende August laufen.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 10. RR-Sitzung	RR 70/2007	19

Auf der Grundlage dieses Scoping-Verfahrens ist der Entwurf des Umweltberichts zu fertigen. Mit diesen auf diese Art und Weise erstellten Antragsunterlagen – Antrag von RWE Power und Entwurf des Umweltberichts – werden wir die Vorlage für die Regionalratssitzung im Dezember erstellen. Dann steht letztlich Ihre Entscheidung dahin gehend an, ob Sie auf der Grundlage des heute gefassten Beschlusses das Verfahren einleiten oder nicht.

Ergebnis: Der Regionalrat nimmt die Mitteilung der Bezirksregierung zur Kenntnis.

- 2) Sachstand zu Phantasialand
– mündlich –

Herr Diehl (Abteilungsleiter 6) trägt dazu Folgendes vor:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zur unendlichen Geschichte Phantasialand kann ich nur einen kurzen Zwischenbericht geben. – Mit den Vorstellungen der Stadt Brühl, die Westerweiterung flächenmäßig zu verdoppeln, sind erhebliche Arbeiten hinsichtlich der Identifizierung von Umweltauswirkungen des Vorhabens verbunden. Dazu ist ein erneutes Gutachten erforderlich gewesen, das jetzt ausgewertet werden muss. Darüber wird weiter zu sprechen sein, und dieses wird Eingang in das weitere Verfahren finden müssen.

Das Verfahren wird sich auf der Grundlage der aktuellen Beschlusslage innerhalb der Stadt Brühl zeitlich weiter in das Jahr 2008 hinein ausdehnen, sodass ich davon ausgehe, dass wir erst im Laufe des ersten Halbjahres 2008 in der Lage sein werden, das Verfahren hier mit Ihnen im Regionalrat abzuschließen.

- 3) Landesstraßenausbauplan
– mündlich –

Dazu berichtet Herr Elsiepen (Dezernat 66):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir haben gehofft, Ihnen eine Liste zum Landesstraßenausbauplan vorlegen zu können, aber diese ist uns entgegen aller Zusagen und Voraussagen bis zum heutigen Tage nicht zugesandt worden. Sobald wir diese Liste erhalten, werden wir sie Ihnen auf kurzem Wege zur Verfügung stellen.

Herr Becker (DIE GRÜNEN) äußert seinen Unmut darüber, dass etwas derart Wichtiges, was eigentlich das gesamte Jahr beeinflusse, zur Mitte des Jahres fehle.

Die Frage von Herr Götz (CDU) bezüglich des weiteren zeitlichen Ablaufs beantwortet Herr Elsiepen (Dezernat 66) dahin gehend, dass für die Verwaltung das Bestreben darin liege, alles Wichtige für die nächste Sitzung der Verkehrskommission vorzubereiten.

Herr Becker (DIE GRÜNEN) bittet, dass die Geschäftsstellen der Fraktionen zum 6. August darüber unterrichtet würden, ob die angeforderten Unterlagen

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 10. RR-Sitzung	RR 70/2007	20

vorlägen, sodass im Rahmen der nächsten Sitzung der Verkehrskommission am 31. August darüber beraten werden könne. – Dies sichert Regierungspräsident Lindlar zu.

- 4) Abfallwirtschaftsplanung – Änderung der Verordnung zur Erklärung der Verbindlichkeiten des AWP, Teilplan Siedlungsabfälle
Drs. Nr.: RR 53/2007 (NV)

Regierungspräsident Lindlar berichtet, dass auf Landesebene die Diskussion über das Landeswassergesetz anstehe. Im Rahmen dieser Diskussion werde das Landesabfallgesetz tangiert. Auf Landesebene sei geplant, die Abfallwirtschaftspläne auf Bezirksebene abzuschaffen und statt ihrer einen einheitlichen Landesabfallwirtschaftsplan einzuführen.

- 5) Stadtverkehrsförderprogramm 2007
Drs. Nr.: RR 58/2007 (TV)

- Es liegen keine Mitteilungen vor. -

- 6) Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Landesentwicklung (Landesentwicklungsprogramm – LEPro) (TV)

- LT Drucksache 14/4489 vom 06.06.2007 wurde zu diesem Punkt ausgeteilt -

Regierungspräsident Lindlar berichtet abschließend, er habe die Ablehnung der Notifizierungsanträge auf Verbrennung von Sondermüll im Bereich des Regierungsbezirks Köln unterschrieben.

- b. des Vorsitzenden

- Es liegen keine Mitteilungen vor. -

- c. aktuelle Mitteilungen aus den Kommissionen

- Es liegen keine Mitteilungen vor. -

- d. mündliche Anfragen im Rahmen der Sitzung

- Es liegen keine mündlichen Anfragen vor. -

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 10. RR-Sitzung	RR 70/2007	21

Vorsitzender Lorth schließt die Sitzung um 11.55 Uhr.

Der Vorsitzende
des Regionalrates des
Regierungsbezirkes Köln


(Gerhard Lorth, MdL)

Regierungspräsident der
Bezirksregierung Köln


(Hans-Peter Lindlar)

Regionalrat des
Regierungsbezirkes Köln


(Gerhard Neitzke)

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Protokoll der 10. RR-Sitzung	RR 70/2007	22

Teilnehmende gemäß Anwesenheitsliste:

Herr Bast, Herr Becker, Herr Beu, Herr Borning, Herr Bubacz, Herr Clemens, Herr Deppe, Herr Dohmen, Frau Donie, Herr Dudzus, Herr Esser, Herr Finke, Herr Götz, Frau Goldmann, Herr Granrath, Herr Hensen, Frau Herlitzius, Herr Heuel, Herr Jakob, Frau Jüngling, Frau Kirchmeyer, Herr Konzelmann, Herr Koschorreck, Herr Lambertz, Herr Lindweiler, Herr Lorth, Herr Mispelkamp, Herr Prof. Dr. Möller, Herr Möring, Frau Neisse-Hommelsheim, Herr Neitzke, Herr Dr. Pesch, Frau Rackwitz-Zimmermann, Herr Schmitz (Hans-Theo), Herr Schmitz (Paul Gerhard), Herr Schulte, Herr Stefer, Herr Tüttenberg, Herr van den Berg, Herr Waddey, Herr Waschek, Herr Wolf und Herr Zwingmann

je ein Vertreter/in der Städte Bonn, Leverkusen und Köln und der Kreise Rhein-Erft und Heinsberg sowie

Herr Kornell, ein Vertreter von Herrn Dr. Weltrich, Herr Swoboda, Herr Jansen und Frau Benkert-Schwieren

als Gäste: Herr Hoffmann, Frau Vitz, Herr Jöde, Frau Schäfer-Hendricks, Herr Gille, Herr Winkelius, Herr Scholz, Herr Koch, Herr Kurth, Herr Bündgens, Herr Heuter, Herr Maiwaldt, Herr Möller (Lars) und Herr Jansen (Christoph)

von der Bezirksregierung Köln: Herr Regierungspräsident Lindlar, Herr Dr. Becker, Herr Diehl, Frau Mertzen, Herr Elsiepen, Herr Schwerdt, Herr Plaszczyk, Herr Fritsch, Herr Tippner, Herr Fensterer, Frau Lietzmann, Herr Wieczorek

Entschuldigt: Herr Höfken, Herr Schmalenbach